

ders: Als „durchaus realisierbar“ beurteilte die Behörde das Projekt.

Erst 1994 entscheidet sich endgültig, ob die Netzkäufer das Netz übernehmen dürfen: In Schönau wie in 600 anderen deutschen Städten laufen dann die Konzessionen aus, die es den Energiekonzernen gestatten, ihren Strom gegen Gebühr über Gemeindeland zu leiten. Aus kartellrechtlichen Gründen dürfen solche Verträge nur maximal 20 Jahre laufen.

Einen Etappensieg über den regionalen Stromkonzern haben die Schönauer Netzkäufer schon erreicht: Letztes Jahr stimmten 55 Prozent der Bürger gegen eine vorzeitige Verlängerung des bisherigen Vertrages, die der Großlieferant angeboten hatte.

Ein weiterer Erfolg der „Netzkauf“-Initiatoren ist der „Stromsparewettbewerb“, der seit 1988 läuft und bei dem über 100 Haushalte mitmachen, ihre Stromrechnungen einreichen und Wochenverbrauchslisten führen. Spareffekt schon im ersten Jahr: mehr als zehn Prozent, knapp 45 000 Kilowattstunden, oder, auf Schadstoffe umgerechnet, unter anderem 61,9 Tonnen Kohlendioxid, eine halbe Tonne Schwefeldioxid und 188 Kilo Stickoxid.

Bundesweit ergäbe das, wenn alle wie in Schönau sparten, 8,64 Millionen Tonnen Kohlendioxid weniger, rund 59 000 Tonnen Schwefeldioxid, 26 300 Tonnen Stickoxid.

Stromsparewettbewerb wie in Schönau werden mittlerweile von 20 westdeutschen Gemeinden praktiziert. Hundertfach wurde die 66seitige Schönauer Sparbrochure mit Tips wie diesem verteilt: „Entwickeln Sie ein liebevolles Verhältnis zu Ihrem Stromzähler.“

Die Liebe zum Stromzähler wird offenbar immer größer. 27 Prozent aller Kommunen wollen, wie eine Umfrage der kommunalen Spitzenverbände ergab, die Stromversorgung in eigener Regie übernehmen.

Viele Bürgermeister und Stadtwerksdirektoren sehen die Netzübernahme als zukünftige Geldquelle. Für die bislang etwa 280 Investoren beim Schönauer Projekt beispielsweise hat Michael Saalfeld, Vermögensberater aus Hamburg, die voraussichtliche Rendite schon errechnet: „nicht unter zehn Prozent.“

## Gesellschaft

## Freude am Sex

Prostituierte wehren sich gegen die Doppelmoral des Staates: Wer Steuern zahlt, verlangen sie, muß auch soziale Sicherheit erhalten.

**D**er Frankfurter Finanzbeamte habe sie süffisant über den Rand der Brille taxiert: „Sie sind hübsch und gesund – 20 Freier die Woche, okay?“ Wäre es nicht so entsetzlich erniedrigend gewesen, erzählt Ariane, 28, hätte sie laut gelacht. Der Beamte schien sich in der Szene gut auszukennen.



Auto-Strich (in Berlin): „Das war nur einmal und ist schon lange her“

Ariane arbeitet als Prostituierte. Auf dem nationalen Hurenkongreß („Berufsprofile und Tätigkeitsanalyse für Prostitution“) am vorigen Wochenende in Düsseldorf schilderte sie den 50 Teilnehmerinnen ihre Erfahrung als steuerzahlende Arbeitnehmerin.

Wie bei allen Damen vom Fach wird Arianes Arbeit allein vom Finanzamt anerkannt, das, nach entsprechender Einschätzung, die fälligen Steuern kassiert. Die gesellschaftlichen Gegenleistungen für jeden Steuerzahler, wie die Mitgliedschaft in der Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung, verweigert der Staat dem ältesten Gewerbe der Welt. Denn: Prostitution war, ist und bleibt sittenwidrig.

Zu ersten Zugeständnissen ist Bundesarbeitsminister Norbert Blüm jetzt

bereit. Er will künftig das Treiben der Liebedienerinnen als berufliche Tätigkeit nach Paragraph 42 des Arbeitsfördergesetzes anerkennen.

Die konkrete Auswirkung: Huren könnten auf Kosten der Bundesanstalt für Arbeit umschulen, wenn sie die üblichen Bedingungen für Arbeitsförderung erfüllen.

Auf diese Idee ist der Minister nicht freiwillig gekommen. Er befürchtet, daß ein Musterurteil des Berliner Sozialgerichts vom September 1991 trotz Berufung vor dem Landessozialgericht rechtskräftig wird. Die Prostituierte Karo, 27, hatte darauf geklagt, ihre Tätigkeit als „Sex-Arbeiterin“ anzuerkennen, weil sie zur Tischlerin umschulen wollte (SPIEGEL 45/1991). Die Umschulung bezahlt die Bundes-

anstalt für Arbeit (BA) aber nur dann, wenn die Antragstellerin mindestens zwei Jahre sozialbeitragspflichtig gearbeitet hat und eine mehrjährige Tätigkeit „mit auf dem Arbeitsmarkt verwertbaren Kenntnissen“ nachweisen kann.

Hure Karo gewann den Prozeß. Die Richter bestätigten, ihre Arbeit habe durchaus eine Funktion in der Gesellschaft.

Im Bonner Arbeitsministerium reagierten die Experten zum Entsetzen der Nürnberger Bundesanstalt wohlwollend. Günther Weinzierl, Referent für Fortbildung und Umschulung bei der BA, will, falls auch das Landessozialgericht der Prostituierten recht gibt, „sicher bis zur letzten Instanz“ gehen. Weinzierl: „Prostitution ist nun mal kein



„Hydra“-Sprecherin Klee: Erfolg der Hurenbewegung

Beruf.“ Der BA geht es ums Prinzip. Hohe Mehrausgaben wären ohnehin nicht zu erwarten, weiß Weinzierl, denn kaum eine Dirne könne zwei Jahre Beitragszahlungen nachweisen.

Karo gilt als Sonderfall, weil sie für diese Zeit an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eines Aussteigerinnen-Projekts der Berliner Prostituierten-Selbsthilfeorganisation „Hydra“ mitarbeiten konnte.

Trotz der Einwände aus Nürnberg findet Stephanie Klee, Sprecherin von „Hydra“, das Urteil „bahnbrechend“. Dies sei der erste sichtbare Erfolg des jahrzehntelangen Kampfes der Hurenbewegung um mehr soziale Absicherung.

Dirnen, die wie andere Arbeiterinnen behandelt werden wollen, finden geringe Unterstützung. In Düsseldorf formulierten sie ihre Maximalforderungen: Der Beruf einer Hure müsse in der Bundesanstalt für Arbeit in den Blättern zur Berufskunde ebenso nachzuschlagen sein wie der des Bäckerlehrlings. Mögliche Anforderungen: angenehmes Äußeres; Bereitschaft, auf Menschen einzugehen; Freude an sexuellen Dienstleistungen.

Rund 400 000 Frauen in Westdeutschland gehen auf den Strich, arbeiten in Salons und Hotelzimmern. Wenn jede Frau nur drei Freier empfängt, so nehmen Tag für Tag etwa 1,2 Millionen Männer sexuelle Dienstleistungen in Anspruch. Der geschätzte Jahresumsatz des horizontalen Gewerbes von mehr als zwölf Milliarden Mark erreicht immerhin die Hälfte vom Umsatz des deutschen Brauereigewerbes.

Ausgegeben haben will dieses Geld niemand. Eine „Hydra“-Untersuchung

in Berlin ergab, daß beinahe alle Männer auf die Frage antworten, ob sie denn schon mal bei einer Prostituierten waren: „Das war nur einmal und ist schon lange her.“

Doppelmoral herrscht auch in Bonn. In den Heile-Familienwelt-Parteien CDU und CSU reizte das Thema bisher nur zu zotigen Witzen. Ein von den Grünen 1990 vorgelegter Gesetzesentwurf gegen die rechtliche Diskriminierung von Prostituierten verschwand mit den Grünen aus dem Bundestag.

Jetzt wird nicht nur im Arbeitsministerium umgedacht. Das Bündnis 90/Grüne erwägt eine Neuauflage des alten Grünen-Gesetzesentwurfs im Bundestag, die PDS bot dem Düsseldorfer Hurenkongreß Lobbyhilfe an.

Selbst die Jungen Liberalen wollen bis Ende des Jahres ihrer Partei einen Gesetzesvorschlag unterbreiten. Der Saarbrückener Jung-Liberale Stefan Faßbender will bei freiwilliger Prostitution die Sittenwidrigkeit abschaffen.

Die Berliner Hurengruppe „Hydra“ will auf die Politiker nicht mehr warten und schon im Sommer eine Bordell-GmbH gründen. „Dann sind wir unser eigener Arbeitgeber“, freut sich Stephanie Klee, „und auch die Bundesanstalt für Arbeit muß uns anerkennen.“

### Gendarstellung

zum Artikel „Stellen Sie 'nen Eimer hin“ in DER SPIEGEL, Heft Nr. 8 vom 17. Februar 1992, Seiten 63 und 65.

1. DER SPIEGEL behauptet, die Hebammenschülerin Hersmann sei angewiesen worden, einem Baby mit einem unsterilen Zipfel Restbinde aus

Naturstein ist unsere Profession

P.O. Box 5, D-8079 Kipfenberg-Gungolding  
Telefon (084 65) 173-0, Telex 55412 jumra d, Fax 17359

Marmor Granit Quarzit

Vom Steinbruch bis zur Logistik, alles aus einer Hand!

Naturstein für Boden, Wand, Decke und Fassade

Naturstein-Blöcke, Tranchen, Fertigarbeiten

(Kreation in Stein)

JUMA Natursteinwerke Gungolding-Attnühlthal

## m. FREUDENSTADT



**Schwarzwald erleben.**

In Freudenstadt liegt die Natur direkt vor der Haustür. Einmal Durchatmen genügt schon, um zu wissen, daß Sie wirklich im Urlaub sind. Abseits von Streß und Hektik. Nutzen Sie die aktiven Freizeitangebote, die wieder frisch machen. In Freudenstadt. Schwarzwald soweit das Auge reicht.

Kurverwaltung Freudensstadt

Kurverwaltung Freudensstadt  
Am Promenadeplatz 1 W-7290 Freudensstadt  
Telefon 074 41/86428 Telefax 074 41/85176

Aus Freude an Natur und Gesundheit!